

Beamtenrecht Nordrhein- Westfalen

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ralf Brinktrine

Universitätsprofessor, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. JUDr. Daniela A. Heid, Ph.D.

Professorin, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl/Köln

DIE FACHBUCHHANDLUNG

2020



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
BeckOK BeamtenR NRW/Bearbeiter NBG § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74788 5

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Livonia Print, SIA
Ventspils 50, LV-1002 Riga, Lettland

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Christa Brammer	Leitende Ministerialrätin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Prof. Dr. Ralf Brinktrine	Universitätsprofessor, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Prof. Dr. Thomas Dünchheim ..	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Mark Fröse	Oberregierungsrat, Bundesamt für das Personalmanage- ment der Bundeswehr, St. Augustin
Prof. JUDr. Daniela A. Heid, Ph.D.	Professorin, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl/Köln
Florian Hupperts	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Prof. Dr. Michael Kawik	Professor, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Mannheim
Ursula Keller-Zacher	Ministerialrätin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Sven Ollmann	Rechtsanwalt, Bochum
Dr. Marten Pfeifer	Ministerialrat, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
Bernd Roreger	Stadtrechtsdirektor, Bergkamen
Roland Schäfer	Bürgermeister, Bergkamen
Dr. Daniela Schroeder, LL.M ..	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Verwaltungsrecht, Köln
Eckhard Wölke	Rechtsanwalt, Köln

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Der vorliegende Kommentar zum Beamtenrecht Nordrhein-Westfalen ist Teil einer Reihe von mehreren Kommentaren zum Beamtenrecht der Länder, die beim C.H.Beck Verlag, München erscheinen.

Mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, DRModG NRW), GV. NRW. 2016, 309.440 – der letzten großen Novelle des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalens – im Jahr 2016 wurden die zur Umsetzung der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 bereits getroffenen Maßnahmen fortgeführt und weiterentwickelt. Durch das Gesetz wurden Änderungen in über 40 Gesetzen und Verordnungen vorgenommen, vor allem in den Bereichen Dienstrecht (vgl. Art. 1 DRModG NRW, Gesetz über die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesbeamtengesetz, LBG NRW), Besoldung (Art. 2 DRModG NRW, Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, – Landesbesoldungsgesetz, LBesG NRW) und Versorgung (Art. 3 Beamtenversorgungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, Landesbeamtenversorgungsgesetz, LBeamtVG NRW), und nachfolgend auch im Laufbahnrecht (s. dazu die neue NRWLVO, GV. NRW. 2016, 461).

Im Land sowie den Kommunen Nordrhein-Westfalens sind derzeit ca. 340.000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter beschäftigt, die Mehrzahl davon beim Land. Dazu kommen etwa 225.000 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Bereits mit dem Dienstrechtsanpassungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16.5.2013, GV. NRW. 233 ff. wurde das bis dahin über Art. 125a GG fortgeltende Bundesrecht in Landesrecht übernommen. Es wurde versucht, einen leistungsfähigen, modernen öffentlichen Dienst für die zuverlässige und umfassende Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben im Land Nordrhein-Westfalen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Mit der Überleitung des Besoldungs- und Versorgungsrechts erfolgten notwendige Änderungen, auch vor dem Hintergrund neuerer, geänderter Rechtsprechung. Mit der Ergänzung des Landesbeamtengesetzes wurde vor allem eine wirkungsgleiche Übernahme von gesetzlichen Regelungen aus dem Arbeitnehmerbereich sichergestellt. In diesem Zuge und um rasch Rechtssicherheit bezüglich Aufstieg und Beförderung zu schaffen, wurde ebenso die Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten im Land Nordrhein-Westfalen novelliert, NRWLVO vom 28.1.2014, GV. NRW. 21 ff.

Das Land Nordrhein-Westfalen stand weiterhin vor der Herausforderung, das öffentliche Dienstrecht weiter neu zu ordnen und zu entwickeln, um den Belangen der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter, aber auch der sozial- und finanzpolitischen Verantwortung des Staates als Dienstherr und als Sachwalter der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger ausgewogen Rechnung zu tragen.

Mit der Novellierung im Jahr 2016 sollte ein einheitliches Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht gewährleistet werden, das die genannten Vorgaben erfüllt und gleichzeitig für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst attraktive Bedingungen schafft und lern- und leistungswillige Personen motiviert, in den öffentlichen Dienst des Landes einzutreten. Nach mehrjährigen Dialogen zwischen den beteiligten Parteien konnte am 1.7.2016 das neue DRModG NRW in Kraft treten, GV. NRW. 2016, 309.440. Im Wesentlichen beziehen sich die Novellierungen auf die drei großen Themenbereiche Dienstrecht, Besoldungsrecht sowie Versorgungsrecht.

Im Dienstrecht – in Form des neuen Landesbeamtengesetzes (Art. 1 DRModG NRW) – war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das zentrale Thema. Obwohl bereits in den vorangegangenen Novellierungen zahlreiche Möglichkeiten für eine Vereinbarung beider geschaffen wurden, war Ziel der Reform, diese Möglichkeiten noch familienfreundlicher und noch flexibler auszugestalten. Daher wurde bspw. die maximale Beurlaubungsdauer von 12 auf 15 Jahre erweitert, ein vorzeitiger Rückkehranspruch aus der familienbedingten Teilzeit und Beurlaubung normiert, die Ausbildung in Teilzeit ermöglicht und das Sabbatical als familienbedingtes Teilzeitmodell bedarfsgerecht ausgebaut. Daneben wurden die Karriere-chancen von Frauen verbessert, Personalentwicklung sowie Fortbildung stärker fokussiert,

Vorwort

Fortbildung und behördliches Gesundheitsmanagement im Gesetz verankert sowie die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Spezialisten gesteigert.

Vor dem Hintergrund der genannten Novellierungen wurde die Laufbahnverordnung am 21.6.2016 neu gefasst. Auch sie trat am 1.7.2016 in Kraft (GV. NRW. 2016, 441.488). Speziell im Laufbahnrecht wurde die Laufbahngruppenstruktur an die Entwicklung im Hochschulbereich (Bachelor/Master) angepasst, so dass künftig nur noch zwei statt vier Laufbahngruppen existieren.

Im Besoldungsrecht (Art. 2 DRModG NRW) wurden insbesondere das Übergeleitete Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW) und das bisherige Landesbesoldungsgesetz (NRWLBesG 2005) zu einem Gesetz zusammengeführt und dadurch gleichzeitig überarbeitet, bereinigt und neu strukturiert. Zu nennen ist vor allem, dass die jährliche Sonderzahlung ab 1.1.2017 in die monatlichen Bezüge integriert wurde, dass alleinerziehende Beamtinnen und Beamte, die mit ihren Kindern in ihrem Haushalt leben, bezüglich des Familienzuschlags besser gestellt werden, dass die Besoldung hinsichtlich des bisherigen einfachen Dienstes verbessert wird und, dass die Wartezeit für die Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes angepasst wurde (18 auf 12 Monate) sowie für bestimmte Beamtengruppen (Vollzugsdienst Polizei, Feuerwehr, Justiz, Steuerfahndung, Verfassungsschutz) die Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulagen wieder eingeführt wurde.

Das Versorgungsrecht wurde bereits mit dem Dienstrechtsanpassungsgesetz 2013 in Landesrecht übergeleitet. Das entsprechende Beamtenversorgungsrecht wurde in Art. 3 DRModG NRW ebenfalls überarbeitet, bereinigt und neu strukturiert und sollte damit anwenderfreundlicher und übersichtlicher werden. Anpassungen wurden vor allem bei der Berücksichtigungsfähigkeit ruhegehaltsfähiger Dienstzeiten, der Vereinfachung von Kindererziehungs- und Pflegezuschlägen sowie der Integration der Regelungen zur Versorgungslastenteilung vorgenommen.

Das gesamte LBG NRW ist zudem nun durchgehend geschlechtergerecht formuliert. Darüber hinaus haben sich einige Nummerierungen von praxisrelevanten Paragrafen geändert (bspw. Beförderungen nun § 19, Beurteilung nun § 92).

Die bisher letzte Änderung des LBG NRW trat am 25.5.2018 in Kraft und basiert auf dem Gesetz zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU) vom 17.5.2018. Dessen Art. 7 betraf vor allem Änderungen der §§ 86 und 87 LBG NRW sowie eine Änderung des erst am 22.4.2017 in Kraft getretenen § 91a LBG NRW, die sog. Verarbeitung von Personalakten im Auftrag.

Der vorliegende Kommentar hat das Ziel, Personal- und Beamtenrechtspraktikern in Landes- und Kommunalbehörden, Personalvertretungen, Hochschullehrern, Rechtsanwälten und Richtern bei der Bewertung und Recherche dienstrechtlicher Probleme nützliche und vor allem aktuelle Hinweise zu geben. Daneben richtet er sich natürlich an alle Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen sowie dessen Kommunen, um bei auftretenden beamtenrechtlichen Fragestellungen Antworten zu geben.

Die Herausgeber danken der engagierten Unterstützung der vielzähligen Mitautoren, ohne deren Beiträge der Kommentar nicht hätte erstellt werden können.

Würzburg/Brühl/Köln/München, im Dezember 2019

Professor Dr. Ralf Brinktrine
Prof. JUDr. Daniela A. Heid, Ph.D.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XVII

Grundlagen des Beamtenrechts in Deutschland	1
Grundlagen des Beamtenrechts in Nordrhein-Westfalen	43

Gesetz über die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen

Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich	53
§ 2 Begriffsbestimmungen	53

Abschnitt 2. Beamtenverhältnis

§ 3 Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses	57
§ 4 Beamtenverhältnis auf Zeit	61
§ 5 Begriff und Gliederung der Laufbahnen	65
§ 6 Zugangsvoraussetzungen zu den Laufbahnen	69
§ 7 Anforderungen an den Vorbereitungsdienst	72
§ 8 Erwerb der fachlichen Voraussetzung bei Laufbahnen besonderer Fachrichtung	83
§ 9 Laufbahnverordnung	85
§ 10 Sicherung der Mobilität	91
§ 11 Anerkennung der Laufbahnbefähigung auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG und auf Grund in Drittstaaten erworbener Berufsqualifikation	93
§ 12 Andere Bewerberinnen oder andere Bewerber	97
§ 13 Probezeit	101
§ 14 Einstellung	107
§ 15 Voraussetzung der Ernennung auf Lebenszeit	117
§ 16 Zuständigkeit und Wirkung der Ernennung	124
§ 17 Verfahren und Rechtsfolgen bei nichtiger oder rücknehmbarer Ernennung ..	127
§ 18 Mitgliedschaft im Parlament	132
§ 19 Beförderung	134
§ 20 Nachteilsausgleich	155
§ 21 Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe	159
§ 22 Laufbahnwechsel	169
§ 23 Aufstieg	172

Abschnitt 3. Wechsel innerhalb des Landes

§ 24 Abordnung	177
§ 25 Versetzung	180
§ 26 Umbildung, Auflösung und Verschmelzung von Behörden	184

Abschnitt 4. Beendigung des Beamtenverhältnisses

§ 27 Entlassung	187
§ 28 Entlassungsverfahren	191
§ 29 Verlust der Beamtenrechte und Wiederaufnahmeverfahren	194
§ 30 Gnadenerweis	197
§ 31 Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze	200
§ 32 Hinausschieben des Ruhestandeintritts	205

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 33	Dienstunfähigkeit, Antragsruhestand 211
§ 34	Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit 222
§ 35	Wiederherstellung der Dienstfähigkeit 227
§ 36	Zuständigkeit, Beginn des Ruhestands 233
§ 37	Einstweiliger Ruhestand 238
§ 38	Beginn des einstweiligen Ruhestands 241
§ 39	Wiederverwendung aus dem einstweiligen Ruhestand 242
§ 40	Einstweiliger Ruhestand bei organisatorischen Veränderungen 244
§ 41	Voraussetzung für Eintritt in den Ruhestand 245

Abschnitt 5. Rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis

§ 42	Fortbildung und Personalentwicklung 247
§ 43	Unterrichtung der Öffentlichkeit 254
§ 44	Aufenthalt in der Nähe des Dienstortes 255
§ 45	Dienstkleidung 256
§ 46	Diensteid 258
§ 47	Befreiung von Amtshandlungen 260
§ 48	Pflicht zur Nebentätigkeit 262
§ 49	Genehmigungspflichtige Nebentätigkeit 274
§ 50	Nebentätigkeit bei Freistellung vom Dienst 298
§ 51	Nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeit 301
§ 52	Ausübung der Nebentätigkeit, Verfahren, Tätigkeit von Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten und früheren Beamtinnen und früheren Beamten und Beamten mit Versorgungsbezügen 321
§ 53	Meldung von Nebeneinnahmen 333
§ 54	Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn 339
§ 55	Ersatzpflicht des Dienstherrn 346
§ 56	Beendigung von mit dem Amt verbundener Nebentätigkeit 351
§ 57	Regelung der Nebentätigkeit 356
§ 58	Dienstaufgabe als Nebentätigkeit 365
§ 59	Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen 368
§ 60	Arbeitszeit 377
§ 61	Mehrarbeit 385
§ 62	Fernbleiben vom Dienst 391
§ 63	Voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung 396
§ 64	Teilzeitbeschäftigung und Urlaub aus familiären Gründen 400
§ 65	Teilzeitbeschäftigung im Blockmodell 403
§ 66	Altersteilzeit 407
§ 67	Familienpflegezeit, Pflegezeit 412
§ 68	Informationspflicht 414
§ 69	Benachteiligungsverbot 416
§ 70	Urlaub aus arbeitsmarktpolitischen Gründen 417
§ 71	Erholungsurlaub 420
§ 72	Urlaub aus anderen Anlässen, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger 428
§ 73	Folgen aus der Übernahme oder Ausübung eines Mandats 431
§ 74	Mutterschutz, Elternzeit, Arbeitsschutz 433
§ 75	Beihilfen in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen 435
§ 76	Behördliches Gesundheitsmanagement 443
§ 77	Führung der Amtsbezeichnung 447
§ 78	Zusatz zur Amtsbezeichnung 451
§ 79	Leistungen des Dienstherrn 452
§ 80	Pflicht zum Schadensersatz 460
§ 81	Übergang eines Schadensersatzanspruchs auf den Dienstherrn 464
§ 82	Ersatz von Sachschäden 468

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 82a	Zahlung durch den Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen 474
§ 83	Personalakten – allgemein 478
§ 84	Beihilfeakten 489
§ 85	Anhörung 493
§ 86	Auskunftsrecht 498
§ 87	Übermittlung an Behörden und Auskunft an nicht betroffene Personen 508
§ 88	Entfernung von Personalaktendaten 519
§ 89	Verarbeitung und Übermittlung von Personalaktendaten 528
§ 90	Aufbewahrung 534
§ 91	Übertragung von Aufgaben der Personalverwaltung 537
§ 91a	Verarbeitung von Personalakten im Auftrag 541
§ 92	Dienstliche Beurteilung, Dienstzeugnis 544
§ 93	Beteiligung der Spitzenorganisationen 555
§ 94	Errichtung Landespersonalausschuss 560
§ 95	Zusammensetzung 562
§ 96	Unabhängigkeit, Ausscheiden der Mitglieder 564
§ 97	Aufgaben 565
§ 98	Geschäftsordnung 567
§ 99	Verfahren 569
§ 100	Verhandlungsleitung, Geschäftsstelle 570
§ 101	Beweiserhebung, Amtshilfe 571
§ 102	Beschlüsse 572

Abschnitt 6. Rechtsweg

§ 103	Verwaltungsrechtsweg, Vorverfahren, Beschwerden 574
§ 104	Vertretung bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis 579
§ 105	Zustellung 582

Abschnitt 7. Besondere Beamtengruppen

§ 106	Beamtinnen und Beamte des Landtags 585
§ 107	Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte 591
§ 108	Beamtinnen und Beamte des Landesrechnungshofs 596
§ 109	Polizeivollzugsdienst 599
§ 110	Laufbahn, Arbeitszeit 601
§ 111	Gemeinschaftsunterkunft, Verpflegung 603
§ 112	Dienstkleidung, Freie Heilfürsorge 605
§ 113	Untersagen des Tragens der Dienstkleidung 607
§ 114	Eintritt in den Ruhestand 608
§ 115	Dienstunfähigkeit 611
§ 116	Feuerwehrtechnischer Dienst 620
§ 117	Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten, Vollzugsdienst in Abschiebungshaftvollzugseinrichtungen und Technischer Aufsichtsdienst in untertägigen Bergwerksbetrieben 622
§ 118	Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte 624
§ 119	Übrige kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte 640
§ 120	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an den Hochschulen, Wahl der hauptberuflichen Mitglieder des Rektorats 645
§ 121	Staatsangehörigkeit, Erholungsurlaub 654
§ 122	Arten und Verlängerung des Beamtenverhältnisses 661
§ 123	Sonderregelungen 670
§ 124	Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren 688
§ 125	Nebentätigkeit 693

Abschnitt 8. Rechtstellung der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger bei der Umbildung von Körperschaften

§ 126	Eingliederung von Körperschaften 701
-------	--

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 127 Rechtsfolgen der Umbildung	704
§ 128 Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten	706
§ 129 Vorbereitung der Umbildung	710
§ 130 Rechtsstellung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ..	712
Abschnitt 9. Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 131 Laufbahnbefähigung	714
§ 132 Übergangsregelung für die Überführung von bestehenden Laufbahnen in die neue Laufbahngruppenstruktur	714
§ 133 Übergang Altersteilzeit, Altersurlaub	716
§ 134 Rechtsstellung der von Änderungen nicht erfassten Beamtinnen und Beam- ten	716
§ 135 Besitzstandswahrung bei der Entpflichtung	717
§ 136 Satzungen	718
§ 137 Rechtsverordnungen	718
§ 138 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	719
Sachverzeichnis	721


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG